

Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

November 2009 – Januar 2010

Inhalt

Der Bestandsaufnahme nähern	M. Arndt.....	2
Schöpferische Pause	K. U. Benneter	3
SPD: Neu wachsen.....	J. Kellermann	4
Gesundheit aus Steglitz-Zehlendorf	B. Loth.....	7
Termine unter	http://www.spd-suedwest.de/termine	
Eine historische Zäsur – Was nun?	A. Linde.....	15
Jugendmigrationsdienst jetzt auch im Bezirk ..I. Köhne		17
Klaus Riebschläger tot.....	M. Arndt.....	18
Gedenken.....		19
Landesparteitag.....	J. Kellermann	19
Aspekte des Kalten Krieges im Bezirk	G. Niebergall	21
Buchtipp	G. Schulze	21
Gratulation		22

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

das Ergebnis dieser Bundestagswahl war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten katastrophal. Nicht nur, dass unsere Partei aus der Regierung abgewählt wurde, nein, wir wurden regelrecht abgestraft. Folge dieses Resultates ist, dass Klaus Uwe Benneter seinen Sitz im Deutschen Bundestag verloren hat. Dies ist nicht nur für ihn, sondern für die SPD Steglitz-Zehlendorf ein harter Schlag.

Im Namen des SPD-Kreises Steglitz-Zehlendorf möchte ich Klaus Uwe für seinen unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf und sein Engagement für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes danken. Dies sind keine Abschiedsworte, sondern Klaus Uwe wird auch in der Zukunft weiter mittendrin sein.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bedanken bei den Mitgliedern in Steglitz-Zehlendorf, die Klaus Uwe in den letzten Monaten im Wahlkampf tatkräftig unterstützten. Dieser Dank richtet sich besonders an Ute Finckh, Michael Karnetzki, Tobias Wilke und Mirjam Golm, die die strategische und operative Basis lieferten.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich halte viele Diskussionen über die Ursachen unseres Scheiterns gegenwärtig noch für verfrüht. So greifen m. E. die Auseinandersetzungen über „Linke Volkspartei“ oder „Neue Mitte“ zu kurz. Die Organisation einer Mehrheit jenseits der CDU beinhaltet seit Willy Brandt immer beide Seiten. Auch Diskussionen über spezifische Aspekte der Agenda führen nicht

weiter, blenden sie doch aus, dass gegenwärtig die sozialdemokratische Bewegung in ganz Europa am Boden liegt. Darüber hinaus werden Berlin-spezifische Ursachen auch vernachlässigt. Berlin ist Teil des Ganzen. Die Ursachen dieses Ergebnisses werden erst langsam erarbeitet werden können, eine politische Neuaufstellung wird noch viel Zeit benötigen.

An einen Aspekt unserer Niederlage möchte ich mich trotzdem wagen. An dieser Stelle habe ich schon des öfters gewarnt, dass die Addition von Prozenten und damit verbundene Koalitionsperspektiven noch keine Mehrheitsperspektiven beschert. Entweder wir werden „besoffen“ oder „zu nüchtern und unterzuckert“. Deutlich wird dies in verschiedenen strategischen innerparteilichen Papieren und Aussagen wichtiger Hoffnungsträger. Hier wird immer auf einen 60%igen Linksblock (SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke) in unserer Stadt verwiesen, der unserer Partei das Regieren langfristig sichern soll. Ich bin der Überzeugung, dass derartige schlafwandlerische Träumereien gefährlich sind und nur ins politische Abseits führen. In Steglitz-Zehlendorf wissen wir dies aus eigener Erfahrung. Es war ein schmerzhafter Erkenntnisprozess, den gegenwärtig auch unsere sozialdemokratischen Freunde im Saarland durchleiden.

Seit der Bundestagswahl verteilt sich der sog. 60%ige Linksblock auf drei gleich große Parteien. Hierbei hat nicht nur die SPD, sondern jede Partei ihre eigene Identität und verfolgt ihre ureigenen kurzfristigen und langfristigen politischen Interessen. Anstatt politische Bündnisse arithme-

tisch zu konstruieren und uns damit weiter eine Machtperspektive erträumen, sollten wir uns stärker darauf orientieren und konzentrieren, warum die Berlinerinnen und Berliner die Berliner SPD und ihren Regierenden Bürgermeister benötigen. Sie brauchen uns auf keinen Fall, um die Rücksitze der Dienstwagen des Landes Berlin warm zu halten. Dies ist kein Alleinstellungsmerkmal und schon gar kein politisches!

Auch das Kopieren politischer Projekte der beiden anderen Parteien hilft wenig weiter, um eigene politische Stärke wieder zu gewinnen. Das sind zumindest die Erfahrungen unserer saarländischen Freunde. Politische Stärke und politische Gestaltungsmacht gewinnt man nur über eigene Projekte. Dies genügt jedoch nicht. Die Umsetzung von Projekten bedarf eines sorgfältigen Vorgehens. Sind sie zu komplex und zu leidenschaftlich strukturiert, besteht die Gefahr gesellschaftlichen Scheiterns. Sind sie wiederum zu einfach (und vielleicht sogar lustlos) angelegt, sind sie für uns wenig überzeugend und erzielen keine Wirkung. Dies ist eine Erkenntnis von Elinor Ostrom, der diesjährigen Nobelpreisträgerin für Wirtschaft, die in ihrer praxisorientierten Forschung herausfand, dass die Menschen vor Ort oft die besten Lösungen für ihre Probleme finden können. Dies sollten wir uns stärker zu eigen machen. Nicht zuletzt ist diese Einsicht ursozialdemokratisch und sollte uns ermutigen, unseren Weg weiter zu gehen.

Euer **MICHAEL ARNDT**

SCHÖPFERISCHE PAUSE

Das Berliner Wahlergebnis war für die SPD so verheerend, dass ich weder direkt noch über die Berliner Landesliste der SPD mein Bundestagsmandat verteidigen konnte. Ich muss mich nun wieder zuerst um meine berufliche Zukunft kümmern.

An Eurem Interesse an meinen seit Anfang 2002 regelmäßig im SWW veröffentlichten Artikeln sah ich auch eine Anerkennung meiner im Deutschen Bundestag geleisteten Arbeit. Ich war in den vergangenen zwei Legislaturperioden gern Bundestagsabgeordneter und habe mit Freude und viel Engagement den Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf für die SPD im Deutschen Bundestag vertreten.

So konnte ich mit Fug und Recht jetzt im Wahlkampf plakativ: „Benneter – den kenn’ ich“. Viele haben mir in den letzten Wochen bestätigt, dass dies schon deshalb zutrifft, weil ich hier über all die Jahre viel und gerne unterwegs war und an vielen Stellen helfen konnte. Dieser Wahlkreis, seine Bewohnerinnen und Bewohner und insbesondere die vielen im Bezirk tätigen Ehrenamtlichen sind mir mit den Jahren immer mehr ans Herz gewachsen. Dennoch konnte ich den Kreis auch dieses Mal nicht gewinnen.

Der 27. September war für mich und die ganze SPD ein bitterer Wahlabend. Auch wenn ich mir persönlich keine Vorwürfe mache, so ist an diesem Abend doch offenbar geworden, dass wir in der Bevölkerung, gerade auch in Berlin, viel Vertrauen verloren haben. Dies gilt es de-

mütig und verantwortungsvoll aufzuarbeiten.

Als gestaltungswillige, der gesellschaftlichen Solidarität verpflichtete Partei wird die SPD auch in Zukunft gebraucht werden. Insbesondere dann, wenn sie einerseits selbstbewusst und stolz ihre Tradition hoch hält, andererseits die soziale Marktwirtschaft als moderne Form organisierter gesellschaftlicher Solidarität und Grundlage unserer demokratischen Entwicklung immer im Auge behält. Die Werte und Inhalte sozialdemokratischer Politik werden schon in naher Zukunft wieder unser Land prägen. Wir werden zeigen, dass und wie dieses Land wirtschaftlich erfolgreich und sozial gerecht organisiert sein kann.

Nochmals ein herzliches Dankeschön von Eurem

KLAUS UWE BENNETER

SPD: NEU WACHSEN

Die große Koalition ist abgewählt. Und mit ihr die SPD. Die Mehrheit links der Mitte ist verloren. Zumindest für den Moment.

Als Juniorpartnerin ist es im Wahlkampf nicht gelungen, unsere Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Die Aufgabe war auch schwer gewählt: Nach vier Jahren aus der Koalition heraus Wahlkampf gegen die eigene Regierungsarbeit zu machen, ist schon schwer. Wenn als einzige glaubwürdige, weil rechnerisch möglich scheinende Alternative eine Ampelkoalition als Folie zur Projektion der eigenen Machtwünsche dient, ist dies

schwer zu vereinbaren mit dem Frontalwahlkampf, den wir gegen die Liberalen (und die CDU/CSU) geführt haben. Teils schien es sogar, dass Teile der SPD die Große Koalition gerne fortsetzen und wir mit der FDP um die Rolle der Kanzlerinnenmacherin buhlen würden. Diese Zeit ist nun vorbei. Die um ein Drittel dezimierte Bundestagsfraktion zieht als Oppositionsführung in die Legislatur. Aus und vorbei mit den Bundesministerien und der Regierungsbeteiligung.

Noch nie hat die SPD so viel bei einer Bundestagswahl verloren. Noch nie überhaupt hat in der Bundesrepublik eine Partei so viel verloren. Doch bevor wir die Stimmen bei den Wählerinnen und Wählern verloren haben, haben wir als Partei in der großen Koalition das Profil verloren. Da hilft auch kein Hinweis darauf, dass die CDU ebenso einen historischen Tiefstand erreicht hat. Jeder Kompromiss innerhalb der Koalition wurde als ein Erfolg der Sozialdemokratie verkauft, um im Spiegel der Medien als eine zuverlässige und reibungslos funktionierende Partei dazustehen. Diskussion oder Innehalten wurde von den Medien als Schwäche markiert. Keine Stimme aus der Partei war hörbar, die eine weitergehende Forderung gestellt oder das Regierungshandeln in einen größeren Kontext sozialdemokratischer Politik gestellt hat. Fraktions- und Parteiführung standen so eng aneinander, dass es dazwischen keinen Platz mehr für Kritik gab.

Die Wählerinnen und Wähler haben der SPD bei den Wahlen kein Vertrauen geschenkt. Sie haben keines schenken kön-

nen, weil sie keines mehr übrig hatten. Zu unscharf war das Bild, das die SPD in der Großen Koalition hinterlassen hat. Zu groß war der Wunsch, die Große Koalition, die 2005 als Kompromiss entstanden war, zu beenden. Die Stimmenzuwächse der kleinen Parteien belegen dies deutlich. Es war ein Wahlkampf, in dem der Mehrheitsbeschaffer für die Kanzlerin gesucht wurde – zu keinem Zeitpunkt war ein Kanzler Frank-Walter Steinmeier realistisch. Und so betrachtet ist es ein klares Votum, dass die SPD diese Rolle des Mehrheitsbeschaffers nicht mehr spielen soll. Die Wählerinnen und Wähler haben die SPD aus dieser Rolle entlassen.

NEUE ROLLE: VOLKSPARTEI

Dann ist es an der Zeit, eine neue Rolle einzunehmen. Eine Rolle, die die ganze Partei gemeinsam einnehmen muss. Wie oft wurde in den letzten Jahren die Partei zu Disziplin und Ordnung gerufen. Fanden im Vorfeld von Abstimmungen „Intensivbetreuungen“ einzelner Abgeordneter statt. Wurde die Partei auf Parteitage mit Inszenierung zum Ziel geführt. Haben die Flügel in der Partei die Staatsräson über die eigenen Ideen gestellt. Wie lange haben wir schon nicht mehr das gesagt, was wir haben sagen wollen. Das haben die Wählerinnen und Wähler registriert. Nun ist vor allem die breite Basis der Partei gefragt, gemeinsam für die Zukunft anzupacken.

Die neue Rolle muss für die SPD die Rolle der linken Volkspartei sein. Und diese Karte dürfen wir uns von nichts und niemanden aus der Hand nehmen lassen.

Die CDU spricht uns den Status der Volkspartei ab. „Die Linke“ wäre gerne selbst die linke Volkspartei. Die Grünen sehen sich als Volkspartei, nur weil Ökologie Eingang in die Köpfe aller Menschen gefunden hat. Aber Volkspartei heißt, Mehrheiten zu beschaffen und nicht die Bedürfnisbefriedigung einer einzelnen Klientel á la FDP, Linke und Grüne.

Jede und jeder, die oder der an unserer Basis horcht, weiß, wie lebendig diese von vielen totgesagte und -geschriebene Volkspartei ist. Das gute Abschneiden der kleinen Parteien ist in diesem Ausmaß eine Momentaufnahme vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit mit der Großen Koalition. Der Anspruch der Volkspartei ist mit einer klaren Aufgabe verbunden: Nur die SPD hat die Größe und die Kraft, Mehrheiten jenseits der eigenen Klientel zu gewinnen. Wir sind die Partei, die die Parteienlandschaft links der Mitte bestimmt. Die Diskussionen, die sich in unserer Partei den Weg bahnen, sind die Diskussionen, die die Breite der Bevölkerung betrifft und beschäftigt und nicht nur eine handverlesene Klientel. Dafür stehen wir als das Original seit über 140 Jahren.

MITGLIEDERPARTEI

Doch die Funktion der Volkspartei bringt auch Nachteile mit sich: Diskussionen brauchen Zeit. Je mehr Menschen diskutieren, desto komplexer sind die Abstimmungsprozesse. Dies jedoch einfach als ineffizient und ineffektiv abzutun, greift zu kurz – schließlich folgt die SPD nicht den Regeln der Ökonomie, sondern

den Regeln der Organisation von Mehrheiten – kurz: Demokratie. Und nur, wenn wir erst in den eigenen Reihen eine breite Mehrheit durch Argumentation und Überzeugung gewinnen können, können wir dies auf der Straße im Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern fortsetzen und schließlich in Stimmen umsetzen. Und genau das unterscheidet uns im Anspruch grundlegend von den Parteien, die nur ihre eigene Klientel und ein knapp zweistelliges Wahlergebnis vor Augen haben. Und das müssen wir als Stärke begreifen und nicht als Handicap.

Jedoch müssen wir Antworten finden auf die – auf kurzfristige Bedürfnisbefriedigung ausgelegte – Lebensrealität jüngerer Menschen. Die neuen Medien spielen hierbei eine wichtige Rolle, da sie kurze Wege und schnelle Ergebnisse bedeuten. Wir müssen die Schnittmenge herausarbeiten zwischen langwierigen Diskussionsprozessen und spontanen Meinungsäußerungen, um gerade diesen Menschen eine Heimat in unserer Partei zu bieten. Jedoch muss dies auch reale Mitsprache bedeuten. Die Bindung in Form von jungen Wahlkampfteams oder als Sozi-Blogger liefert hier keine befriedigenden Antworten (und im Falle eines Wahlverlusts ist nicht einmal mehr der Drang nach Bedürfnisbefriedigung gestillt). In den letzten Jahren sind viele junge kritische Köpfe bei den anderen Parteien gelandet; insgesamt hat die SPD einen Aderlass an Mitgliedern hinter sich, die aus Enttäuschung die Partei verlassen haben. Hier müssen wir wieder Angebote machen. Die Jusos und die Juso-

Hochschulgruppen sind hier unsere wichtigsten Strukturen, um neue Kämpferinnen und Kämpfer, aber auch denkbegabte junge Menschen zu gewinnen, die aus Überzeugung unserer Partei beitreten und etwas verändern wollen. Dass hier ein Vakuum in der Parteienlandschaft existiert, zeigt eindrucksvoll die Existenz der Piratenpartei.

Es ist bemerkenswert, wie breit sich die CDU/CSU aufgestellt hat: Von einem Ole von Beust über einen Horst Seehofer und Christian Wulff bis hin zu Roland Koch bietet die CDU/CSU eine große Bandbreite und hält intern auch viel aus. Diese Bandbreite an Personal und Stärke der zweiten Reihe hat die SPD nicht mehr zu bieten. Hier ist es versäumt worden, beizeiten Brücken zu bauen und behutsam Platz für nachrückende Politikerinnen und Politiker zu machen. Dies muss nun in einem schmerzhaften Prozess nachgeholt werden.

MEHRHEITEN LINKS DER MITTE

Die personelle und inhaltliche Erneuerung bedingt sich gegenseitig und muss Hand in Hand gehen. Nach dem Regierungslangstreckenlauf muss sich unsere Partei wieder neue Trainingsziele stecken. Die Kräfte sind aufgezehrt, der Vorrat erschöpft. Und schließlich hat sich das Terrain verändert: Die Linke ist – vielleicht nur vorerst – als weitere Kraft hinzugekommen. Mehrheiten links der Mitte sind in absehbarer Zeit nur in Dreierbündnissen zu organisieren. Dazu müssen wir miteinander reden, diskutieren und streiten. Streiten für eine neue Idee von Gesell-

schaft. Die Gewerkschaften haben die richtige Frage gestellt: „Wie wollen wir leben?“. Diese und weitere Fragen müssen wir diskutieren, zuerst bei uns, dann mit unseren Partnerinnen und Partnern und immer mit unseren Wählerinnen und Wählern, die ebenso wie wir eine Mehrheit links der Mitte wünschen. Dazu ist es wichtig, nun die Agenda 2010 und die Rente mit 67 zu diskutieren und Fehler zu erkennen. Jedoch beseitigen können wir diese in der Opposition nicht. Und ob diese Instrumente uns den Weg für die Jahre 2020 oder 2030 zeigen können, wage ich stark zu bezweifeln. Wir sollten hier also kein symbolisches Flügelschlagen veranstalten. Vielmehr müssen wir auf der Grundlage des Hamburger Programms die Blaupausen und Instrumente entwickeln, mit denen wir das Land verändern wollen.

Die Zeit ist vorbei, in der wir in der Mitte der Gesellschaft die Mehrheit gesucht und dabei das Ziel der Mehrheit links der Mitte aus den Augen verloren haben. Um eine solche Mehrheit zu organisieren, müssen wir das Tabu der Partei die Linke aufbrechen. Die Eitelkeiten müssen beiseite geschoben und ein ernsthafter Dialog über Inhalte begonnen werden. „Cross-Over“ hieß das in den Neunzigern und war der Erfolg der linken Sozialdemokratie und der Nährboden, auf dem die rot-grüne Bundesregierung 1998 Realität werden konnte. Hier müssen wir anknüpfen, um 2013, 2017 oder auch erst 2021 die realistische Möglichkeit zu haben, die Mehrheit links der Mitte sowohl zu gewinnen als auch zu nutzen.

Franz Müntefering hat die Parole für die letzten 11 Jahre herausgegeben: „Opposition ist Mist.“. Heute müssen wir dem hinzufügen: „Auf Mist kann etwas Neues wachsen.“. Das müssen wir nutzen. Unsere Partei kann mehr.

JAN KELLERMANN

GESUNDHEIT AUS STEGLITZ-ZEHLENDORF FÜR BERLIN

Vor über 150 Jahren hat der Philosoph Arthur Schopenhauer, damals Dozent an der Berliner Universität, eine interessante These aufgestellt: „Neun Zehntel unseres Glücks beruhen allein auf der Gesundheit. Mit ihr wird alles eine Quelle des Genusses, ohne sie ist kein äußeres Gut, welcher Art es auch sei, genießbar.“

Seine Worte dürften damit zusammenhängen, dass Schopenhauer in Berlin um 1830 eine Cholera-Epidemie miterlebt hat. Heute muss in Berlin niemand mehr Angst vor Cholera haben. Das verdanken wir den Verbesserungen der Hygiene und dem medizinischen Fortschritt, d. h. zahlreichen Innovationen, die unser Gesundheitssystem und unsere Lebensqualität verbessert haben.

Das Gesundheitswesen ist heute eine tragende Säule der Wirtschaft. Viele unterschiedliche Menschen leisten dazu einen wesentlichen Beitrag – Ärztinnen und Ärzte, Krankenpfleger und Krankenschwestern, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Biotech-Unternehmen, Apothekerinnen und Apotheker, aber auch die forschenden Hersteller von Arz-

neimitteln und viele mehr. Hier entstehen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze, und die Zahlen steigen stetig, gerade auch in der Region Berlin-Brandenburg.

Früher haben Ökonomen das Gesundheitswesen in erster Linie als Kostenfaktor betrachtet. Heute wissen wir, dass die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems maßgeblich bestimmt, wie produktiv eine Gesellschaft ist. Denn wer gesund ist, der hat bessere Ideen, der erzielt bessere Ergebnisse, der kann länger arbeiten. Deshalb sind richtige Investitionen in das Gesundheitssystem gut angelegt. Von ihnen profitiert die gesamte Volkswirtschaft.

Gesundheit ist ein hohes Gut, sie ist aber noch mehr: nämlich eine Triebfeder für Innovationen. Tatsächlich spielt unsere Gesundheit eine zentrale Rolle in der Innovationsforschung.

Nach der Wiedervereinigung und mit dem Entstehen neuer Technologiefelder hat sich Berlin seit Mitte der 1990er Jahre zu einem Europäischen Zentrum der „Life Science Industries“ entwickelt. Die Life Science Industries bestehen aus den kontinuierlich zusammenwachsenden Teilbranchen Biotechnologie, Pharma und Medizintechnik. Die Biotechnologie spielt zudem als Querschnittstechnologie für weitere Branchen, wie etwa Ernährung, Energie und Umwelt, eine wichtige Rolle. In den vergangenen Jahren wurden die Life Science Industries in Berlin zu einem leistungsfähigen Cluster mit mehr als 20.000

industriellen Arbeitsplätzen. Dieses fußt auf einem industriellen Kern, auf der Profilierung von Universitäten, Fachhochschulen und Spitzeninstituten wie den Fraunhofer-, Helmholtz-, Leibniz- und Max-Planck-Gesellschaften, sowie auf einer nachhaltigen Innovationspolitik, verbunden mit der Schaffung von Biotechnologieparks, Unternehmensnetzwerken und Förderangeboten. Schon heute hat der Life-Science-Standort Berlin-Brandenburg überregionale und internationale Ausstrahlung erreicht und nimmt in Deutschland eine Spitzenstellung ein.

Hier spielt Steglitz-Zehlendorf eine wesentliche Rolle durch seine in Berlin einzigartig hohe Anzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen, innovativen, weltweit exportierenden Firmen und Krankenhäusern. Wesentliche Pfeiler sind dabei die Freie Universität Berlin, die als Exzellenz-Universität ausgezeichnet worden ist, und die Charité mit ihrem Standort Benjamin Franklin, die zu den größten Universitätskliniken Europas zählt. Hier forschen, heilen und lehren Ärztinnen und Ärzte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf internationalem Spitzenniveau. Weltweit wird das Universitätsklinikum als ausgezeichnete Ausbildungsstätte geschätzt.

Dass alle guten Ideen wenig nutzen, wenn es letztendlich nicht gelingt, die Kraft über die Räder auf die Straße zu bringen – dieses Bild aus der Automobilindustrie verdeutlicht mit welchem Problem auch Steglitz-Zehlendorf konfrontiert ist.

(Fortsetzung auf Seite 15)

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler

E-Mail: andreas-kugler@t-online.de

Homepage: www.spd-steglitz.de

ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand

Homepage: www.spd-suedende.de

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz

E-Mail: lichterfelde@martinmatz.de

Homepage: www.spd-lichterfelde-west.de

10 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND -SÜD

Vorsitzender: Georg Siebert

E-Mail: Georg.Siebert@spd-online.de

<http://www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de>

ABTEILUNG 5, LANKWITZ

Vorsitzender: Uwe Stäglin

<http://www.spd-lankwitz.de>

ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE

Vorsitzender: Hinrich Soehlke

E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de

<http://www.spd-krumme-lanke.de>

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD

Vorsitzender: David Scheffel

E-Mail: davidscheffel@web.de

<http://www.spd-zehlendorf-sued.de>

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen

12 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF

Vorsitzender: Dr. Andreas Linde

Homepage: www.spd-zehlendorf.de

ABTEILUNG 10, DAHLEM

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann

Homepage: www.spd-dahlem.de

AK LEBENSWERTE STADT

Irene Köhne, Detlev Ronnisch

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Vorsitzende: Eveline Neumann

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)

Vorsitzende: Renate Krohm

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION

Vorsitzender: Günther Schulze

E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

14 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Vorsitzende: Ingrid Reimann

JUSOS

Termine und Infos gibt's auf unserer Webpage <http://www.jusos-suedwest.org>. Bei Fragen könnt Ihr Euch wenden an

Clara Luhr (ClaraLuhr@GoogleMail.com) oder

Tom Christopher Pröstler (0179 2998245, tcproestler@spd-zehlendorf.de)

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender: Wolfgang Kornau

E-Mail wolfgang.kornau@t-online.de.

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

- Fr. 13.11. 13:00 *Frauen sichten Politik, West–Ost, 1989–2009*. 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Mauerfall. Öffentliche Diskussionsveranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen e. V. BVV-Saal, Rathaus Friedrichshain/Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin (Ende 14.11. 18:00).
Teilnahmebeitrag (inkl. Imbiss, Mittagessen am 14.11. und Getränke): 20 € (ermäßigt 10 €). Weitere Einzelheiten und Anmeldung (nur online möglich): <http://www.berlin-stadtderfrauen.de>.

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA (<http://www.michael-arndt.info>): Do., 15:30 – 16:30, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonische Vereinbarung: 833 50 04
 - Ulrike Neumann, MdA (<http://www.neumann-ulrike.de/>): bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41
-

(Fortsetzung von Seite 8)

Um noch erfolgreicher zu sein, ist die Schaffung und Förderung von Kooperationen und Netzwerken unverzichtbar. Eine gezielte Verknüpfung von Wissenschaft und Industrie einerseits und von Industrie und Dienstleistung andererseits ist daher eines der maßgeblichen Ziele einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik.

BARBARA LOTH
Bezirksstadträtin
für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr

EINE HISTORISCHE ZÄSUR – WAS NUN?

Es war eine schlimme Bundestagswahl. Minus elf Prozent, insgesamt nur 23 Prozent – das berührt unseren Status als Volkspartei. Niemand hat zu Lebzeiten die SPD auf einem niedrigeren Niveau erlebt.

Bei einer solchen Ausgangslage bedarf es einer gründlichen Bestandsaufnahme, um dann notwendige Veränderungen beharrlich umzusetzen. Hier stehen wir erst am Anfang einer Debatte. Und doch war es richtig, rasch personelle Korrekturen vorzunehmen. Denn ein Neubeginn muss auch durch neue, unverbrauchte Köpfe verkörpert werden.

Was waren die eigentlichen Ursachen für diese Niederlage? Wohl in erster Linie der Vertrauensverlust. Die Leute fühlen sich nicht mehr gut aufgehoben bei uns. Die Politik nahm zu wenig Rücksicht auf unsere Wählerschichten.

Die Reformpolitik: Niemand kann bestreiten, dass es nach den Kohl-Jahren angesichts der demographischen Entwicklung, der neuen Konkurrenz durch die Globalisierung und Rationalisierungsprozessen einen Reformbedarf gab. Wir sollten nicht alles schlecht reden. Aber bei der Agenda 2010 gab es viele handwerkliche Fehler, Ungerechtigkeiten. Hierin liegt zweifellos eine wesentliche Ursache für Vertrauensverlust. Im Wahljahr 2005 waren die Folgen noch nicht für die Betroffenen spürbar und die Alternative der „Linken“ weniger salonfähig. Im Übrigen haben die Milliardenzahlungen in der Bankenkrise, ob erforderlich oder nicht, im Nachhinein die Legitimation der Einschnitte ins Sozialsystem subjektiv diskreditiert.

Ein weiterer Kardinalfehler: Die soziale Unausgewogenheit der Finanzpolitik insgesamt. Wer dem Land eine Rosskur verordnet, der darf nicht nur einseitig unten vorgehen. Dann müssen auch andere Bevölkerungskreise ihren Beitrag leisten. Das obere Drittel blieb indes weitgehend verschont. Es geht dabei nicht um die bloße Anhebung von Steuersätzen, sondern dass Steuern überhaupt gezahlt werden. Wir hätten in der rot-grünen Zeit Ernst machen sollen mit dem Schließen von Steuerschlupflöchern, mit der Verhinderung der Steuer-

flucht. Dazu fehlte der politische Wille. So entgehen dem Staat jährlich 40 Milliarden Euro. Das Resultat: Die Schere zwischen Arm und Reich ging auseinander wie nie zuvor, Geld für Innovationen fehlt. Dasselbe Muster auch in anderen Sozialbereichen: Im Gesundheitssektor hat sich Ulla Schmidt letztlich erfolglos bemüht, Leistungserbringern im System, wie Pharmaindustrie, Apotheker und Ärzte, wirksam in die Verantwortung zu nehmen – das zeigt sich gerade in diesen Wochen, wo Milliardenbeträge nachgepumpt werden sollen.

Was hat noch zum Vertrauensverlust beigetragen? Sicherlich auch, dass Wahlversprechen gebrochen worden. Hier ist die Mehrwertsteuererhöhung zu nennen. Eine Steuer, die Normalverdiener und sozial Schwache am meisten belastet. Vergessen wir allerdings auch nicht das strategische Dilemma der Wahl: Viele Wählerinnen und Wähler wollten einfach die Große Koalition weghaben.

Welche Folgerungen sind nun zu ziehen? Der Streit, ob wir uns nach Links oder zur Mitte orientieren sollten, erscheint mir überbewertet. Herbert Wehner definierte die SPD als Volkspartei mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung und dass diese Wurzeln nie verdörren dürften. Dieses Bild hat, übertragen auf heutige soziologische Begebenheiten, an Aktualität nichts verloren. Der Zusammenhang zwischen dem Höhenflug der Linken und der Schwäche der SPD liegt auf der Hand. Hieraus sind Konsequenzen zu ziehen. Eine Politik für die Mitte steht hierzu nicht zwangsläufig im Wider-

spruch. So gibt in der genannten Steuerpolitik keinen Interessengegensatz zwischen unseren Wählergruppen.

In programmatischer Hinsicht brauchen wir einfach eine stärkere Übereinstimmung mit den von uns beschlossenen Grundsätzen und dem tatsächlichen Handeln, der Realpolitik. Dazu bedarf es Mut und Standfestigkeit. Wir sollten uns weniger an den Umfragen aller, sondern den von uns vertretenen breiten sozialen Schichten orientieren.

Hilfreich sind Vorschläge nach einer stärkeren Basisorientierung der Parteiorganisationen. Hierzu gehören mehr offene Diskussionen jenseits der verschiedenen Flügel und vielleicht auch alte Elemente, wie mehr geheime Abstimmungen. Damit unterschiedliche Auffassungen mehr zu Tragen kommen und Entscheidungen per Akklamation vermieden werden.

In strategischer Hinsicht ist eine Klärung des Verhältnisses zu den Linken erforderlich. Das ist ein Prozess, bei dem man die Bevölkerung im Westen mitnehmen muss. Am Ende darf die Regierungsbeteiligung kein Tabu, aber auch kein Selbstläufer sein. Beide Seiten müssen sich da bewegen.

Wir werden viel Zeit und Geduld brauchen, um wieder nach oben zu blicken. Die neue Oppositionsrolle kann uns dabei helfen. Wir sind die linke Volkspartei. Unser Ziel muss sein, dass es so bleibt und die anderen wieder kleiner werden.

ANDREAS LINDE

JUGENDMIGRATIONSDIENST JETZT AUCH FÜR STEGLITZ-ZEHLENDORF

Im Mai 2008 behandelten wir auf Initiative der SPD-Fraktion im Ausschuss für Gleichstellung und Integration der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf die Thematik des Jugendmigrationsdienstes (JMD).

Jugendmigrationsdienste sind ein Angebot der Jugendsozialarbeit, d. h. ein Teil der Jugendhilfe, die sich mit der beruflichen Integration junger Menschen mit Benachteiligungen befasst. Zuwendungsgeber sind jedoch nicht die Kommunen, sondern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Dementsprechend sind sie auch nicht Teil der kommunalen Jugendhilfe. Es gibt 409 JMD auf Bundesebene. Die Anzahl ist gedeckelt. Falls ein neuer Jugendmigrationsdienst eingerichtet werden soll, muss ein entsprechender Bedarf beim Mittelgeber angemeldet werden. Allerdings kann nur dann ein neuer JMD eingerichtet werden, wenn an anderer Stelle im Bundesgebiet eine entsprechende Stelle frei wird.

Die Zielgruppen des JMD sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren, mit einem besonderen Fokus auf neu zugewanderte Jugendliche. Mit den Jugendlichen wird ein individueller Förderplan entwickelt, es werden ihnen passgenaue lokale Angebote empfohlen und sie werden bei Bedarf unter anderem an die Arbeitsagenturen,

bzw. Arbeitsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II weitervermittelt.

31,5 Prozent der Bewohner unseres Bezirks Steglitz-Zehlendorf, die einen Migrationshintergrund haben, sind im Alter von 18 bis 35 Jahren, d. h. 9.500 Menschen; im Alter von 12 bis 18 Jahren sind es 1.300 Menschen (Statistik von 2008). Trotzdem hatte der Bezirk Steglitz-Zehlendorf bis jetzt keinen JMD, während in anderen Bezirken mehrere Träger aktiv sind.

Der Ausschuss stellte dann auf Initiative der SPD den Antrag auf Einrichtung eines solchen Dienstes auch für unseren Bezirk, den die BVV im Oktober 2008 annahm. Nachdem das Jugendamt mit den Trägern den Bedarf und die für das Bezirksamt kostenfreie Einrichtung geklärt hatte, und das BMFSFJ einen freien Platz hatte, fand sich ein engagierter Träger: die Caritas. Sie wird Anfang November an einem zu klärenden Standort einen JMD in unserem Bezirk einrichten. Dieser Erfolg ist nur unserem ständigen „Nachbohren“ zu verdanken und der Existenz des Ausschusses. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin für die ca. 21% Mitbürger mit Migrationshintergrund in unserem Bezirk einsetzen, damit ihnen die Integration erleichtert wird.

Irgendwann wird die politische Mehrheit des Bezirkes auch begreifen, dass wir einen Integrationsbeauftragten und einen Beirat brauchen.

IRENE KÖHNE

Vorsitzende des BVV-Ausschusses für
Gleichstellung und Integration

KLAUS RIEBSCHLÄGER TOT

Klaus Riebschläger ist tot. Verunglückt in seinem Flugzeug am 23. September. Als ich vom Landesverband die schreckliche Nachricht erfuhr, blieb die Zeit stehen. Ich dachte an seine Familie und dann an den eigenen und gemeinsamen politischen Lebensweg.

Zum ersten Mal in Aktion gesehen habe ich Klaus Riebschläger als jungen Fraktionsvorsitzenden auf einer Podiumsdiskussion in meiner Schule. Wiedergesehen habe ich ihn dann in seiner Funktion als Kreisvorsitzender der SPD Steglitz. Seitdem konnte ich ihn auf seinem politischen Lebensweg begleiten, sei es in seinen öffentlichen Funktionen für unsere Stadt als Senator von Berlin und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, sei es in den parteipolitischen Funktionen als Abteilungsvorsitzender, Kreisvorsitzender, stellvertretender Kreisvorsitzender, stellvertretender Landesvorsitzender und Landeskassierer.

Seine engsten politischen Freunde sprechen immer wieder über diese Zeit, in der er mit seiner analytischen und intellektuellen Begabung die politischen Entscheidungen in unserer Partei vorbereitete und umsetzte. Er wurde geachtet, respektiert, bei vielen war es mehr.

Klaus Riebschläger war ein Sozialdemokrat, der die inhaltliche Auseinandersetzung in den Politikfeldern suchte. Sein politisches Vorbild in der Partei war, wenn

WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN

- Abt. 1:** Eberhardt Fritzsche, 79 J., Mitgl. seit 1972;
Renate Kessels, 66 J., Mitgl. seit 1982
- Abt. 2:** Klaus Riebschläger, 69 J., Mitgl. seit 1961
- Abt. 4:** Hans Globig 89 J., Mitgl. seit 1949
Paula Henning, 97 J., Mitgl. seit 1966;
Christa Lehmann, 76 J., Mitgl. seit 1958
- Abt. 5:** Bruno Pranschke, 88 J., Mitgl. seit 1949
- Abt. 9:** Dieter Kreuter, 83 J., Mitgl. seit 1959
- Abt. 10:** Günther Biemann, 74 J., Mitgl. seit 1984



ich mich richtig erinnere, Kurt Schumacher. Unvergessen sind seine Rededuelle mit Kurt Neumann und anderen. Sie wurden meist in seinem Sinn entschieden. In dieser Zeit war allerdings das Zusammenführen – die Integration – nicht sein Credo. Dies änderte sich später grundlegend. Als stellvertretender Kreisvorsitzender organisierte er pragmatisch, unideologisch und ohne Streit das Zusammenwachsen der Kreisverbände Steglitz und Zehlendorf. Auf diesem Fundament konnte ich später aufbauen.

Klaus Riebschlägers Wirken hat Spuren hinterlassen. Er hat sich um unsere Stadt, unseren Bezirk und um unsere Partei verdient gemacht. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden.

MICHAEL ARNDT
Kreisvorsitzender

LANDESPARTEITAG:

GEMEINSAM FÜR BUND UND LAND

FRANZISKA DROHSEL AUS STEGLITZ-
ZEHLENDORF FÜR DEN PARTEIVORSTAND
NOMINIERT

DISKUSSION AN DER BASIS SOLL IM MITTEL-
PUNKT DER NÄCHSTEN MONATE STEHEN

Die Medien konnten den Landesparteitag kaum erwarten: „Klaus Woweritt tritt vor gespaltene Berliner SPD“, titelte die Berliner Morgenpost am Morgen des Landesparteitags, auch der Tagesspiegel sprach von einem „heftigen Richtungskampf“ in der Partei. Davon war auf dem Landesparteitag schließlich wenig zu spüren.

Hauptgegenstand des Landesparteitags war natürlich der Ausgang der Bundestagswahl. Bereits am Montag nach der Wahl hat der Landesvorstand der Berliner SPD mit breiter Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die für viel Gesprächsstoff gesorgt hat: Klare Rücktrittsforderungen

sowie die Rücknahme der Agenda 2010 und der Rente mit 67 wurden unter anderem in dem Papier gefordert. Das ging vielen zu schnell und zu weit – auch und gerade in unserer Partei. Rückblickend muss man jedoch feststellen, dass das schnelle und harsche Auftreten sicher dazu beigetragen hat, dass die Diskussion in der Bundespartei nicht wieder eingeschlafen ist und es einen „weiter so“-Kurs nicht mehr gibt.

Zwischen Bundestagswahl und Parteitag wurden in Abteilungen, Kreisen sowie Arbeitsgemeinschaften und natürlich den Flügeln der Wahlausgang und die nötigen Schlussfolgerungen daraus diskutiert. Das Ergebnis war eine aktualisierte und in einigen Punkten überarbeitete bzw. entschärfte Resolution, die auf dem Landesparteitag mit großer Mehrheit beschlossen wurde (s. <http://www.sozilink.de/?i=gv>).

Die Tatsache, dass die Berliner SPD im Vergleich zum Bundestrend überproportional verloren hat, ist in den letzten Wochen an niemandem vorbei gegangen. Spätestens jetzt sind die Debatten um eine erfolgreiche Strategie bis zu den Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen im Jahr 2011 auf allen Ebenen gestartet. Ein entsprechender Passus findet sich auch in der Resolution und fordert eine Beteiligung der Basis an den Planungen. Mit etwas Spannung wurden aus diesem Grund auch die Reden von Partei- und Fraktionsvorsitzendem Michael Müller und Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit erwartet.

MÜLLER: BERLINER ERGEBNIS WAR „SCHUSS VOR DEN BUG“

Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl könne man nicht einfach weitermachen wie bisher, sagte Michael Müller. Allerdings fange die SPD auch nicht bei Null an. Die SPD sei und bleibe linke Volkspartei, die sich für die Schwachen engagiere und gleichzeitig Perspektiven für den Aufstieg organisiere. In Berlin habe die SPD „einen Schuss vor den Bug“ bekommen, dennoch seien die Schwerpunkte, die die Berliner SPD etwa im Bereich der Bildungspolitik und der solidarischen Stadt gesetzt habe, weiterhin richtig. Jetzt müsse überlegt werden, „was kann man besser machen, wie besser kommunizieren“. Dazu wird die SPD Hauptstadtkonferenzen zu verschiedenen Themen anbieten, um mit den Mitgliedern und Sachverständigen auch von außen gleichermaßen in den Dialog zu treten.

WOWEREIT: „SOLIDARISCHE ZUKUNFT ENTWICKELN“

Klaus Wowereit musste mit seiner Rede mindestens zwei Erwartungshaltungen gerecht werden: Der Berliner SPD die Regierungspolitik der nächsten zwei Jahren erläutern und für die Bundespartei eine Grundsatzrede zu seiner Kandidatur als stellvertretender Parteivorsitzender halten. Er wurde nur Letzterem gerecht: Wowereit bestärkte seine kämpferische Position und kritisierte das Festhalten an der Rente mit 67 sowie an Teilen der Agenda 2010. Er ermunterte die SPD, Fehler zu erkennen und zu beseitigen und das

Koalitionstabu mit der Linkspartei aufzubrechen. In Fragen der inhaltlichen Positionierung forderte er einen fairen Umgang der Flügel innerhalb der Partei. Die SPD müsse die Vision einer solidarischen Zukunft entwickeln, sie müsse Sicherheit geben und Zukunftsängste nehmen. Das Maß aller Dinge müsse dabei sein, eine solidarische Gesellschaft zu kreieren. Für Berlin forderte er lediglich mehr Selbstbewusstsein, es sei schon viel erreicht worden. Einen Linksruck in Berlin schloss er aus.

NOMINIERUNGEN

Nahezu einstimmig wurden Sigmar Gabriel als Parteivorsitzender und Klaus Wowereit als stellvertretender Vorsitzender nominiert. Die weiteren Mitglieder im Bundesvorstand wurden in geheimer Abstimmung nominiert. Dabei erhielt die Jusso-Bundesvorsitzende Franziska Droschel das beste Ergebnis. Ihr folgten Eva Högl (neu gewähltes MdB aus Mitte), sowie mit großem Abstand Björn Böhning, der in seinem Wahlkreis gegen Hans-Christian Ströbele nicht viel ausrichten konnte.

Weitere Informationen unter <http://www.spd-berlin.de/positionen/landesparteitage/landesparteitag-am-10oktober-2009>

JAN KELLERMANN

ASPEKTE DES KALTEN KRIEGES IN STEGLITZ UND ZEHLENDORF

Dies ist der Titel einer Ausstellung des Kulturamtes Steglitz-Zehlendorf. Sie erinnert an die hasserfüllte Atmosphäre in unserem Bezirk in den Jahren 1945-1961. Opfer des Nationalsozialismus verloren – im Kalten Krieg jeweils „auf der falschen Seite“ – ihren Status als Verfolgte. Grenzgänger („Herr Schimpf und Frau Schande“) wurden diskriminiert. Auch die Freie Universität ist ein Kind des Kalten Krieges. Im Geographieunterricht hieß es: „Dreigeteilt: niemals“ und unterstellte eine Teilung in West- Ost- und Mitteldeutschland (so wurde die DDR offiziell benannt). Materialien über die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, den „Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen“, Satireschriften von Günter Neumann, die Entführung von Walter Linse und anderes aus dieser Zeit findet sich vom 3. 11. 2009 bis zum 31. 1. 2010 in der Schwartzschen Villa. Näheres unter <http://www.schwartzsche-villa.de/ausstellung.html>

GERHARD NIEBERGALL

BUCHTIPP: „AUSGEWANDERTE WÖRTER, EINGEWANDERTE WÖRTER“

AUCH UNSERE SPRACHE IST TEIL VON MIGRATION

Wörter kennen keine Grenzen. Sie überspringen selbst die höchsten Mauern und durchdringen die stärksten Zäune. Die deutsche Sprache ist durchsetzt mit Wörtern aus anderen Sprachen, was im-

WIR GRATULIEREN ALLEN ZUM GEBURTSTAG, INSBESONDERE IN DER

- Abt. 1:** 2.11. Willi Brüsse, 81 Jahre; 3.12. Ernst Golgowski, 94 J.; 19.12. Erika Voß, 80 J.; 20.12. Egon Schwanke, 95 J.; 5.1. Gerhard Voß, 82 J.; 12.1. Günter Ballschmidt, 75 J.; 22.1. Vera Strauss, 75 J.
- Abt. 2:** 5.11. Eva Fischer, 82 J.; 9.11. Herbert Matzat, 84 J.; 9.12. Gerda Rychlik, 83 J.; 19.12. Jörg Haake 70 J.; 27.1. Horst Koths 78 J.
- Abt. 3:** 8.12. Karl Kaiser 75 J.; 25.12. Jutta Hertlein, 70 J.; 4.1. Johann Michael Fischer, 70 J.; 7.1. Martin Ritter, 70 J.
- Abt. 4:** 3.11. Rosemarie Arndt, 81 J.; 11.11. Dieter Senoner, 70 J.; 18.11. Leonie Schrader, 70 J.; 4.1. Klaus-Dieter Weihe, 70 J.
- Abt. 5:** 6.11. Kurt Bohg, 90 J.; 1.12. Margot Schiller, 75 J.; 6.12. Ursula Rudolph, 84 J.; Hans-Dieter Lorch, 70 J.; 17.12. Willi Schmidt, 70 J.; 20.12. Heinz Lehmann, 80 J.; 22.12. Hans-Jürgen Hülsekopf, 70 J.; 22.1. Sigrid Bast. 70 J; 30.1. Heinz Beer, 87 J.
- Abt. 6:** 22.11. Günter Pardemann, 85 J.; 21.1. Herrmann Hildebrandt, 82 J.; 22.1. Dietger Pforte, 70 J.
- Abt. 7:** 25.11. Willi Schugardt, 84 J.; 8.1. Franz Wozniak, 70 J.; 17.12. Fokke Tjarks, 75 J.; 11.1. Gerd Ballentin, 81 J.
- Abt. 8:** 3.11. Wolfgang Volkmer, 75 J.; 27.11. Olaf Timmermann, 70 J.; 21.12. Wolfgang Ambrosius, 81 J.; 3.1. Gudrun Kumme, 84 J.; 28.1. Günter Lehmann 81 J.; 30.1. Peter Lemke, 70 J.
- Abt. 9:** 5.12. Jürgen Dittner, 75 J.; 3.1. Sabine Tober, 70 J.; 13.1. Harold Hurwitz, 86 J.; 25.1. Richard Buchner, 70 J.; 27.1. Dietrich Volkmann, 75 J.
- Abt. 10:** 17.11. Hans Petzold, 80 J.
-

mer wieder zu Klagen über die so genannte Reinhaltung der deutschen Sprache führt. Doch so mancher Sprachimport stellt nicht nur eine Bereicherung dar, man mag ihn sich aus der deutschen Sprache auch gar nicht mehr wegdenken. Das gilt vor allem für Wörter, die wie selbstverständlich als urdeutsche angesehen werden, bei denen es sich in Wahrheit aber um Einwanderer handelt. Beispielsweise den aus dem Griechischen stammenden „Engel“, den „Tollpatsch“, der aus dem Ungarischen seinen Weg zu uns gefunden hat, und dem „mutterseelenallein“ - eine Mischung aus

Poesie und Berliner Schnauze, die ihre Wurzeln im Französischen „moi tout seul“ hat.

Weniger bekannt ist, welche weitere deutsche Wörter sich „ins Ausland begeben“ haben und dort dauerhaft verbleiben. Dass man in England nicht nur "wunderkinder" in den legendären "kindergarten" schickt und in Russland das "Butterbrot" schätzt, wissen sicherlich viele. Aber wer hätte gedacht, dass man sich in englischsprachigen Ländern gerne auch mal zum "kaffeeklatsching" trifft, in Finnland eine "Kaffepaussi" einlegt, in Japan seine "noirooze" pflegt, in Polen in den

"szlafrock" schlüpft oder in Amerika keine Lust hat, "to shlep" schwere Koffer?

Und über "Sauerkraut" und "Blitzkrieg" hinaus gibt es noch eine Vielzahl an deutschen Wörtern, die in alle Ecken der Welt ausgewandert sind: Angefangen von „Gesundheit“, was in den USA oftmals das "bless you" ersetzt, über "banop", wie der Bahnhof im Kamerun bezeichnet wird, bis hin zum "Arbeito", dem Nebenjob in Japan. Unser Wort "Waldsterben" wurde ins Französische übernommen. Dies ist erstaunlich, weil die Franzosen kaum fremde Wörter annehmen und zudem kein „eigenes“ Waldsterben zu haben glauben. Eigentlich logisch: Da brauchen sie auch kein eigenes Wort.

Von der „Angst“ hat der Deutsche offensichtlich am meisten. So spricht man in England von der "German Angst". Als hätten wir gerne Angst, Angst vor allem Möglichen: Vor Klima, Krieg und der Rente. Vor allem, was kaputt macht. Übrigens:

Der Begriff "nusu kaput" kommt aus der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania. "Nusu" heißt dort halb und "kaput" eben kaputt. Und "Nusu kaput" heißt Narkose, also: halb kaputt.

Nachzulesen sind diese und noch viele weitere Geschichten über die Wanderung von Wörtern und die Lebendigkeit von Sprache in den von Prof. Dr. Jutta Limbach herausgegebenen Büchern „Eingewanderte Wörter“ und „Ausgewanderte Wörter“, die im Münchener Hueber Verlag erschienen sind. Beide Bücher zusammen sind auch in einem repräsentativen Schuber erhältlich und eignen sich hervorragend als Weihnachtsgeschenk.

GÜNTHER SCHULZE

Limbach, J. (Hsg.): Ausgewanderte Wörter / Eingewanderte Wörter. Hueber München (2008) 133 + 160 S. 39,50 €

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südwest e.V.

Unser nächster

Bücherbasar, Trödel sowie Verkauf der Retro-Mode

findet statt an den

**Sonntagen, 15. 11., 20. 12. und 17. 1., 10–16 Uhr
in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.**

Die angebotenen (gebrauchten) Bücher sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e. V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Wir laden Sie ein, sich bei Kaffee und Kuchen ihrem Hobby – dem Buch – zu widmen und in unseren „Trödelstuben“ zu stöbern.



Regionalbüro Steglitz-Zehlendorf

Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Öffnungszeiten: Mo. und Do. 10:00–14:00 Uhr, Fr. 14:00–18:00 Uhr.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@SPD-Berlin.DE

Web: <http://www.SPD-Suedwest.DE>

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss für Nummer 44

(Feb. 10 – März 10) ist am **12. 1. 2010**.

Genossinnen und Genossen, die einen

Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis

zum Redaktionsschluss in digitaler Form

einreichen: per E-Mail an

sww@suedwest.spd-berlin.de. Textforma-

te: txt (ohne Zeilenumbrüche) oder doc

(MS-Word).

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei

Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Lutz Ihlenburg

c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Redaktionsteam: Dr. Lutz Ihlenburg,

Klaus Spychalski.

Druck: Robert Podzuweit,

Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet: <http://www.SPD-Suedwest.DE/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises
Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt A53261